

# Saale-Beitung.

**Ausgaben**  
werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 20 Pfg., folche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, bei unterm Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Wochensatz 2 Mark 20 Pfg.  
Erscheint wochentlich 3mal, Sonntags und Montags einmal, sonst gewöhnlich täglich.  
(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gesichert.)

**Bezugspreis**  
Der Satz vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Abholung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., enthält Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Im ausländischen Bezugspreis sind die Postgebühren unter Nr. 6553 eingetragten.  
Für die Redaktion verantwortlich: **Max Scharre** in Halle.  
Erscheinenszeiten von 10<sup>u</sup> bis 12<sup>u</sup> Uhr.  
[Verlagsredaktion: Redaktion Nr. 2332. - Expedition Nr. 170.]

**Nr. 170. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 12. April 1902.**

### Semper idem.

Diesen schönen Wahlkampf scheint sich auch der Herr Eisenbahnminister zur Nichtwahl genommen zu haben. Denn in der letzte Jahre bei den Beratungen der Eisenbahngesetze im Reichstage und im Preussischen Abgeordnetenhaus kennzeichnet er seine Stellung zu der Frage einer Reform der Perzentarische dahin, das er eine solche zwar für durchaus erforderlich halte, das er sie aber „für jetzt“ nicht vorzubringen könne. Diese Erklärung wiederholt sich nun bereits seit etwa zehn Jahren mit einer rührenden Gleichmäßigkeit und ist, wie die Zeitkritik „Jornalist“ fäherheit, aber durchaus treffend sagt, etwa ebenso bitter wie der Widerspruch nicht zu verachtender Klauer, der den gleichen Wahlkampf zur Deife genommen hat.  
So gleichmäßig aber wie diese Erklärung, so verschieden sind die Gründe, die der Minister veranlassen, an eine Reform nun „gerade jetzt“ nicht heranzutreten. Einmal ist eine Verbilligung der Tarife nicht erforderlich, weil andere Länder noch theuerere Fahrpreise haben. Ein anderes mal, weil die preussischen Tarife angeblich fast die billigsten von allen seien. Wenn dann das Unrichtige solcher Behauptungen nachgewiesen wird, was zwar regelmäßig geschieht, aber gewöhnlich nicht in derselben Veranlassung, sondern erst später in der Presse, so erscheinen im nächsten Jahre wieder andere sogenannte Gründe, und das gleiche Spiel wiederholt sich stets von neuem. Bald soll der Umstand, das immerhin eine Steigerung im Personenverkehr eingetreten ist, beweisen, das die Fahrpreise nicht zu hoch seien. bald soll zwar eine Verbilligung der Perzentarische erwünscht, eine Ermäßigung der Gütertarife aber noch dringender sein. Solches bleiben natürlich beide Tarifarten ohne Verbilligung. Bald geben die schönen, ja auch bei den bisherigen Tarifen erzielten Abgaberücknahmen doch wirklich keine Veranlassung, an diesen so bewährten Tarifen zu ändern, bald mahnen die „ungünstigen Finanzverhältnisse“ zu besonderer Vorsicht.  
Erl in vorigen Jahre entdick sich Herr v. Thielen, eine kleine Konzession zu machen und die Verlängerung der Rückfahrkarten auf 45 Tage durchzuführen, und er hat damit dem Lande eine angenehme Ueberraschung bereitet, zumal innerhalb einer Woche die übrigen deutschen Eisenbahn-Verwaltungen dem preussischen Vorbild gefolgt sind. Im Abgeordnetenhaus hat diese Maßnahme überwiegend Zustimmung gefunden. Die Konservativen freilich haben nur mit säkularer Miene ihr Einverständnis ausgesprochen und der Abg. Camp bedauerte sogar, das die Eisenbahnverwaltung diesen Schritt gethan hat. Und er hatte von seinem Parteihandwerk aus Grund dazu, denn die konservative Theorie, das Verkehrserschwerungen eine Verminderung der Eisenbahnneumen zur Folge haben könnten, ist bei dieser Reform in die Brüche gegangen, die Ermäßigung der Eisenbahntarife haben nach der Verlängerung der Rückfahrkarten keinen Rückgang erfahren. Wenn man genau zusieht, kann vielmehr eher eine Vermehrung der Einnahmen durch die Steigerung des Verkehrs herausgesehen werden. Von freimüthiger Seite wurde die Verlängerung der Rückfahrkarten als ein Fortschritt gern anerkannt, zugleich aber daran die Forderung geknüpft, das der Minister auf der betretenen Bahn entschlossen vorwärt

gehen solle. Abg. Dr. Biemer forderte, das Rückfahrkarten, wenn das an sich richtige Prinzip der Ermäßigung bei Doppeltreisen beibehalten wird, auch für die vierte Klasse eingeführt werden und in der That besteht für die zahlreichen Reisenden dieser Klasse genau dasselbe Bedürfnis nach Erleichterung, wie für diejenigen der anderen Klassen. Will man aber das Entstehen der Rückfahrkarten fallen lassen, so muß der weitere Schritt auf der Bahn der Reform dahin gehen, das die einfache Karte auf den halben Preis der Rückfahrkarten herabgesetzt wird. Im Abgeordnetenhaus wurde überwiegend die Ansicht kundgegeben, das die Eisenbahnverwaltung sich zu dieser Maßnahme werde entschließen müssen. Der Eisenbahnminister freilich erklärte, die Verwaltung denke nicht daran, diese Konzession zu sehen, auf die Dauer aber wird sich die Vermehrung der Forderung nicht widerlegen können. Mit der vom Minister v. Thielen ausgegebenen Parole: Vereinfachung des Tarifwesens, ist es nicht gethan, für das reizende Publikum kommt es darauf an, das durch eine Ermäßigung der Tarifsätze zeitgemäße Erleichterungen herbeigeführt werden.  
Auch auf dem Gebiete der Gütertarife freubt sich die Verwaltung nach wie vor gegen eine allgemeine Tarifverbilligung. Mit allem Nachdruck trat Abg. Golthein von der Freiwüthigen Vereinigung für Reformen im Gütertarifwesen ein, indem er darlegte, das die Gewährung einzelner Ausnahmefahrten, wie sie jetzt gebandhabt wird, nur Folge werk sei und sogar wirtschaftliche Nachtheile im Gefolge habe. Ein Anerkennen der Nationalisten brachen sich entschieden aus. Die Konservativen wollten im allgemeinen keine Tarifermäßigungen, aber das hat sie nicht ab, für landwirtschaftliche Produkte Herabsetzungen der Gütertarife zu verlangen. In diesem Sinne äußerten sich die Abg. v. Arnim und v. Kardorff, die aus ihrer Aneignung gegen Tarifreformen kein Hehl machten, aber gleichwohl Verkehrserschwerungen im Interesse der landwirtschaftlichen Produkte forderten - immer nach dem Sage: Ja, Dauer das ist ganz etwas anderes! Bedauerlich ist, das der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben in den Tariffragen die gleiche Haltung wie sein Vorgänger Herr v. Alquist einnimmt. Er erkennt kein Bedürfnis zu einer Ermäßigung der Perzentarische an und will sich bezüglich der Gütertarife die Entscheidung im einzelnen Fall vorbehalten. Als ob sich vom grünen Tisch aus Nothwendigkeit und Augen solcher Reformen erkennen ließen. Die Eisenbahnverwaltung ist nicht einmal imstande, das hat sie verschiedentlich bewiesen, die Wirkungen bereits eingeführter Tarifänderungen, stets vorurtheilsfrei und unparteiisch zu beurtheilen, wie sollte sie also die Wirkungen im voraus richtig bestimmen können, die erst in Zukunft einzutreffende Tarifänderungen haben werden? Eine solche Kenntnis ist auch nur durch Versuche zu erlangen, und wenn die Eisenbahnverwaltung es ablehnt, solche Versuche anzustellen, so scheidet sie damit schon nicht nur die Finanzen ihrer Verwaltung, sondern auch die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des ganzen Landes. Der Leiter der Eisenbahnverwaltung lazet damit eine schwere Verantwortung auf sich, die viel schwerer ist, als sie irgend ein Versuch in sich schließen könnte.

### Deutsches Reich.

**Ges. und Verordnungsblätter.**  
\* Zur Feyer der Entfaltung des Deutsches für den Reichstag general v. Rosenbergs, die am 20. April in Hannover stattfand, werden außer dem Kaiser und dem Kronprinzen fast sämtliche Generale der Kavallerie, und die in den höheren Kommandostellen bei der Kavallerie befindlichen Commandanten in Hannover eintreffen.  
\* Reichstagskanzler Graf von Bülow ist gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge Wien-Vienna-Berlin in Berlin wieder eingetroffen. In Dresden hatte der Graf während seines vierteljährlichen Aufenthaltes im Salonwagen eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten von Sachsen, Fürsten Gafeldt.  
**Die Gleichberechtigung der Arbeiter.**  
Der Reichstagsabgeordnete Richard Kossick legt seine sozialpolitischen Betrachtungen über die Gleichberechtigung der Arbeiter, die er im vorletzten Heft der „Sozialen Praxis“ begonnen hatte, in der eben erschienenen neuesten Nummer dieser Zeitschrift fort, indem er zunächst das ungleiche Verhalten der Behörden und der bürgerlichen Klassen den Arbeitern und Arbeitgeber gegenüber einer Kritik unterzieht. In dieselbe auch scharf und scheidet sie auch verschiedentlich zu veralgemeinern, was nur für einen Theil der bürgerlichen Klassen gegeben werden kann, bleibt sie doch interessant genug, um ebenfalls gehört zu werden.  
„Sobald Arbeiter“, so führt er aus, „bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen suchen, insbesondere höhere Lohnforderungen geltend machen, entziehen sich in der Regel nicht der bestehenden Unternehmung, sondern auch weitere dabei gar nicht interessierte Kreise. Sobald die Arbeiter nun gar von ihren Vätern Gebrauch machen und zur Erreichung ihrer Zwecke die Arbeit niederlegen, wird das als ein Eingriff in die Rechte der Arbeitgeber, als eine Veranlassung angesehen, die energische Zurückweilung erfordert. Erhöhen dagegen die Unternehmer ihre Preise, schließen sie sich in Kartellen und Syndikaten zusammen, um die augenblickliche Konjunktur auszunutzen, so finden nicht nur sie das ganz in der Ordnung, sondern auch die öffentliche Meinung hat nur selten etwas einzuwenden. Ich brauche nur an die Kohlen- und die Eisenwerke zu erinnern, welche ihre Preise nicht selten von Monat zu Monat erhöhen, ohne das darüber in der davon betroffenen Kreise viel Aufsehens gemacht wird. Man denke von Monat zu Monat! Wenn Arbeiter dagegen auch nur innerhalb Jahresfrist wiederholte Lohnherabsetzungen durchzuführen versuchen sollten, so würde man kaum Worte andern, um ein so heftiges „Wohngeschrei“ zu kennzeichnen. Sitt man denn in bürgerlichen Kreisen nicht den für einen solchen Gehaltsrückgang, der es bestimmt, günstige Konjunkturen auszunutzen? Warum sollen für den Arbeiter andere Gründe gelten, warum soll nicht er auch berechtigt sein, seine Wahl zu heuer wie möglich zu wählen zu tragen? Und wenn die das Verhalten der Unternehmer der Arbeiter gegenüber bei Arbeitseinstellungen und dergleichen wirtschaftlichen Kämpfen? Wenn sich auch ein Umfassung in verschiedenen Gewerben bereits bemerkbar macht, so verwehren die Unternehmer in der Regel doch noch heutzutage Verhandeln mit den Arbeitern. Sie vertheilen es sogar ihren Bedenken- und Klagen-Verwehren, wenn sie sich in dieser Beziehung auf einen anderen Standpunkt stellen. Unter dem Vorwande, nur mit den eigenen Arbeitern zu thun zu haben, wird jeder Versuch der Arbeiterorganisationen, die Vermittlung zu übernehmen, scharf

### Berliner Plauderei.

Trop Regen, Kälte und Hagel ist der Berliner Sommer eröffnet. Sträubt sich auch Mutter Erde mit aller Macht gegen diese Bergewaltung, warnt sie selbst durch des Sommers scharffen Gegner, den unzufriedenen Schnee - blist nicht, sämtliche Berliner Galtwälder der vierhöfren Kapitale haben defektirt, es werde Sommer, und sie zwingen ihn herbei - äußerlich wenigstens. Sie sagen: „eine Schwabe macht keinen Sommer, aber zwei Dleanderbäume machen ihn.“ und sie eröffnen ihre Gärten. Man kennt diese köstlichen Gärten: umgeben von mächtigen Gebäuden ein Etüd Hof, darauf einige der bewußten Dleanderbäume, ein Vorberbaum, dazu ein paar Geranien, die ja nicht viel kosten, Tische, Stühle - und siehe da! der Garten ist fertig, mit ihm der Sommer. Fehlen nur noch die Gäste, welche diese „mübliten Höfe“, wie sie der Volksmund treffend nennt, bevollern, denn so frühzeitig ist selbst der luftigste Frühlingsfanatiker nicht, sich einem solennen Neuma anzusehen. Doch just heut leuchtet die Sonne so freundlich und warm, endlich einmal wieder nach all diesen frostigen Tagen, das die fröhlichen Gartenbesucher endlich ihren Platz am goldenen Sonnenbilde! Wie sie hineintreten in die Zimmer, die fröhlichen Wintergärtchen davonjagen und das Herz gar so hoffnungsvoll himmel! Nur einem sauberen sie nicht die schlafende Frühlingsfreude noch, denn unzufrieden ist sein Sinn und krank der rafflos arbeitende Kopf. Stadtrat Kaufmann, der unbesüßigte Bürgermeister von Berlin, ist in die Wästen de fants, in das Schöneberger Frennhaus, gebracht worden. Über diesen Mann, dessen launere Gesinnung und goldreicher Charakter unantastbar sind, in den letzten Wochen geteben, bemerfte wohl einen recht müden Zug starker Abgespanntheit in seinem sympathischen, scharf geschnittenen, intelligenten Gesicht, aber nichts vermochte auf die schlummernde Nerventätigkeit hinzuweisen. Die Augen blinzen ruhig und klar, die Stimme Klang kräftig und bestimmt.  
Selbstverständlich muß für den jetzigen Ausbruch der Krankheit bei dem heute 57jährigen Manne eine

physische Veranlassung lange schon vorhanden gewesen sein. Dazu kam, das die Frau Kaufmanns sich seit Jahren in einer Nervenerkrankung befindet, der von ihm vergottete Vater vor einiger Zeit gestorben. Unbedingd aber liegt ein Hauptmoment seiner Erkrankung in seiner Nichtbehaltung als Bürgermeister und den Klagen, die ihm in letzter Zeit widerfahren. Die Arbeiten, auf die er nun nachden einen moralischen Anspruch hatte, die Obliegenheiten des Bürgermeisters, wurden einem anderen Stadtrat übertragen, man stellte ihn kalt. Gleichgültig wurde ihm vielfach nahe gelegt, auf seine Wahl zu verzichten, um so dem Konflikt zwischen Krone und Kommune ein Ende zu machen. Dafür war der Mann, der einst um seiner politischen Ueberzeugung willen die Ehre seiner Zugehörigkeit zum Offiziersstand preisgegeben, um so weniger zu haben, als er seinen Freunden zugesagt hatte, fest zu bleiben. Nun ward er von manchen, darob Verächnelnden schon gemieden, er, der tüchtigste, unermüßliche Mitarbeiter der städtischen Verwaltung, der der Stadt in dem großen Berliner Kirchenbau-Prozesse unschätzbare Dienste geleistet.  
Ein Millionen-Prozess, der seit Jahren bereits zwischen Kommunalverwaltung und Synode schwebt. Die Synode nämlich ist der Ansicht, das die Stadt Berlin auf Grund einer alten - und nach städtischer Ansicht längst veralteten und unglütigen - Verordnung zu Kirchenbauten und zur Kirchenunterhaltung verpflichtet ist. Gegen diese recht bestehende Forderung der Synode hat Kaufmann ein glanzendes „Quitt“ mannaßigt Stellung genommen. Bedarfs Studium der historischen Grundlaged des Prozesses hat er unermüßlich das städtische Archiv durchforstet und das enorme geschichtliche und juristische Material gesichtet; die zehnhändige Arbeitszeit hat er dabei nicht innehalten können, den Schlaf mancher Nacht mußte er opfern. Das Facit der Mieserarbeit: eine Schrift gegen die Klage der Synode, die in juristisch-meisterhafter Darlegung die Unhaltbarkeit des kirchlichen Anspruchs nachweist.  
Ein kräftiger Lieb wider die Synode, für die der kampfstrohe Stadtrat eine recht fatale Persönlichkeit ist. Wehe, wehe! Das hätte einen widerwärtigen Bürgermeister abgegeben. . .  
Verzucht werden die Prommen aufzukommen. Mit den

trüblühenden Nachrichten über seinen Gesundheitszustand kommt heute eine andere, über die die Freunde einer energischen Selbstverwaltung untröstlich sein werden: Stadtrat Kaufmann ist zurückgetreten, er hat auf den Bürgermeisterei verzichtet. Was ihn zu dieser Resignation veranlaßt hat: Krankheit, Groll, Ueberzeugung - es bleibt nur übrig, diese so sehr bedauerliche Thatlade zu registrieren, sich abzuschreiben. Und Berlin hat keinen so sehr leidenden. Die Lage der stadtratsstarken, unbesüßigten Männer im Berliner Magistrat ist nicht zu groß. In seiner überwieghenden Majorität hat sich da mancher eine, wie es scheint, unheilbare, starke Krümmung des Rückgrates zugezogen.  
Mein Gott, so sehr übel deuten darf man es ihnen schließlich nicht, das sie sich einem Wächtigen beugen und vor ihm ihre alleruntertänigsten Knie abgeben - das Wort ist nun mal in die deutsche Sprache übergegangen. Mit gutem Recht können sie sagen, wir sind nicht allein die quenden, welche; sehr edel doch die großen Thiere, die Dichter an. Auch sie beugen das Knie vor einem hohen Herrscher, der in diesem Fall „die Mode“ heißt. Die Mode wünscht heutzutage Würdendichtungen, die Worten sagen, noch, machen wir! Gerhart Hauptmann schrieb seine „Verfunke Nebel“, Hermann Sudermann folgte mit den „Drei Helden“, und nun, ganz zuletzt, bist Georg Siffertfeld, des großen Hauptmanns kleiner Knappe, nach und gab ein Märchen von sich, das der Weg zum „Wacht“ heißt, vier Knie hat und in fünfzigjähriger Sammler geschrieben. Nach einer alten indischen Sage ist der erste Mensch durch den warmen Ras des goldenen Gottesauges aus einer rosenfarbigen Lotusblüte des heiligen Gangesstromes ausgeblüht. Wenn nicht auf alle Menschen, so das doch zum mindesten auf den Ausgewählten, den Worten, trifft dieses Bild zu, dem er Gott zu sagen gab, was er lebet. Aber scheidet: bei Siffertfeld hat man von dem Gottesfrüh nicht bemerkt. Das hocht harmonische, in den freudlichsten Genialitäten schwebende, jedes tiefsten Gedankens entbehrende Märchenstück erlangelt eines jeden Reiches, seltsame Schlußbanerjamben, unverständliche Symbolik, mangelnde Bühnentechnik, über die Herr Siffertfeld sonst so souverän verfügt, liegen ein Werk erstehen, das

zurückgewiesen. So war es in Hamburg, so war es bei dem letzten allgemeinen Staatsrechtstag und anderen größeren Versammlungen. ... Die Arbeiter der Unternehmungen der Sozialdemokratie in die Hände, die mit Erfolg jede Annäherung jeder Art zu Unternehmungen hindert, die es ihnen nicht erlauben, irgend eine Volksgemeinschaft, ebenso wie jedes Entgegenkommen der Unternehmungen in ein möglichst ungenütziges Licht zu stellen. ...

Man kann, wie schon angedeutet, der Meinung sein, daß der Verfassungstag die Erfüllung, die dem Arbeiter von der künftigen Gesellschaft anzuwenden wird, doch etwas zu schwach macht, immerhin wird man ihn zugehen müssen, das mancherlei Schwächen haben dazu veranlassen können, aber verfassmässig zu denken. Wenn Herr Boffe aber dann weiter ausführt, daß auch ein sozialistisches Gebiete die Gleichberechtigung der Arbeiter nicht besteht, muß man ihm durchaus zustimmen. ...

**Eine Verfassungs- und Reichstagsfrage.**

Der Landtag für das Fürstentum Rügenberg ist beauftragt sich seiner Eintragung im Jahre 1889 bisher noch nicht befähigt gewesen, weil die dortigen Landwirthe jene großherzogliche Verordnung nicht als eine wirkliche Verbesserung anerkennen und somit den Verhandlungen fernbleiben. ...

„In feierlicher Redeversicherung ist von den medienbühnlichen Gerichten anerkannt, daß die vom Landesherren verfügte Gesetzgebung und Verordnungen so lange als gültig zu behandeln sind, bis sie von Landesherren wieder aufgehoben werden.“ ...

den Hörer mit Langeweile und Grauen erfüllte. Da ist ein Jüngling, Gahagnil benannt, der im Unterberg bei Salzburg haust, gar herrliches Geheime schmiedet und eine argenlose Sehnsucht nach Licht und Liebe empfindet. ...

Ich habe dieses banale Daus, um dessen Erfolg eine Schaar staatsfremder Freunde mit der großen Masse der Bürger einen lebhaften Kampf führte, erwähnt, um zu zeigen, auf wieviel einem geringen Standpunkt das deutsche Theater“ gelangt ist. ...

Das Reichsgericht trat dieser Auflösung bei und sagte dazu, es existiere bloß eine Bestimmung dahin als getroffen, daß im Fürstentum Rügenberg verfassungsmäßig ein den mindesten hauptsächlich in Rügenberg vorkommenden Verhältnissen entsprechenden Zustand besteht, wonach die vom Landesherren in ordnungsgemäßer Weise publizierten Gesetze und Verordnungen rechtsverbindlich sind. ...

**Vollstreckung.**

\* Zur Frage über die nächste Zukunft des Reichstags liegen heute wieder mehrere Ausstellungen vor. Die eine des „Rechts Anzeiger“ will, daß die Regierungskreise wissen, daß die Reglemente mit einer solchen und es möglich ist, ein parlamentarische Tagung rechnen und daß sie nicht daran denken, den Reichstag aufzulösen. ...

\* Als „Gegenwartiger Minister für Landwirtschaft“ wird, wie die „Presse“ berichtet, jetzt sogar in agrarischen Kreisen ein so wofolcher Charakter wie der Minister v. Bobbiest bezeichnet. ...

\* Der von industrieller Seite geplante „Verband der Kartelle und Syndikate“ wird nach der „N. Pol. Korr.“ in maßgebenden politischen Kreisen als eine Verbesserung des Syndikalismus angesehen. ...

\* Der mit Deutschland abgeschlossene Vertrag, betreffend das deutsch-niederländische Kabelabkommen, ist der niederländischen Kammer vorgelegt worden, an deren Zustimmung nicht zu zweifeln ist. ...

durch die aus dem Kabinetstext zu extractierenden Eintragung beibehalten verbleiben. ... Die von uns schon erwähnten Berufsständigungen des Minister Dr. Boffe und dem „Grenzboten“ werden vom Grossherzog dieser Zeit für fortgesetzt. ...

„Sehr traurig bin ich über China. Merkwürdig ist, daß alle — auch die benachteiligten — Deutschen, die in China gewesen sind, ausnahmslos mit Herrn v. Brandt die Unterstützung erlangen unter sich ab, sie für ungenügend und mit letzter Mühe zu unterstützen gehalten haben. ...

„Das ist ein konservativer Kreise ausfallen mag, nicht als Mitarbeiter der „Grenzboten“ zu sehen, was ich ganz genügt aber nicht. Denn ich habe dabei ein gutes Gewissen und fühle mich den „Grenzboten“ verbunden. ...

„Offiziell ist man augenblicklich sehr zögerig gegen die Sozialdemokratie und fährt hinsichtlich mit diesem Anhalten ab. ...

**Vollstreckungsschicksal.**

\* Die Erhöhung der Zölle für Gerbmateriale durch die Zollkommission liegt wieder zu ersten Betrachtungen aus, wenn auch über die Beschlässe der Kommission keineswegs die Meinung herrscht, daß sie durch den Reichstag ohne weiteres zur Annahme gelangen werden. ...

brauchten ihr Stud erst gar nicht zu Ende zu spielen. Mitten im letzten Akt, als das Publikum pfeif, zischte, tobte, wüßte der Vorhang fallen, um sich nicht wieder zu erheben. ...

Ich habe schon so manchen einer betrogenen Premierie betrogen, ich habe im „Neuen Theater“ jenen denkwürdigen Abend schauernd miterlebt. Da war Habes's „Amerikaner“ niedergestampelt wurde und der Dichter nach dem zweiten Akt entflohen, aber eines derartigen Theaterabends können sich die bekannten „alten Leute“ nicht erinnern. ...

Man erst begriff man, weshalb Frau Niska Buge, die dieses famose Stück zuerst für ihr „Neues Theater“ erworben hatte, lieber tauferte Konventionalfraße heranziehe, als daß sie es aufstiehe. ...

„Nicht allein das A-B-G bringt den Menschen in die Welt; nicht allein im Schicksal steht die Welt ein vernünftiger Mensch; sondern auch der Weisheit Lehren muß man mit Vergnügen hören.“ ...

„Ist der bisher gemachte Unterschied zwischen „Frau“ und „Fraulein“ berechtigt? ...

„Und Marie Raschke, Dr. jur., sprach: Die Bezeichnung „Fraulein“ wäre ein Diminutiv, dem eine gewisse Geringschätzung anhafte, und sie entspräche nicht der Würde und der Stellung eines geschlechtsreifen und zu denkender Selbstständigkeit herangewachsenen weiblichen Lebens. ...

„Fraulein, parдон Frau Dr. jur. Raschke streifte das Kommen und Begrüßungen der mannigfachen Anreden und Bezeichnungen: Herrin, Frau, Weib, Fraulein, Mädchen, Mädchen, Jungfrau, Jungfer einerseits — Herr, Herrlein, Junker andererseits, und sprach mit Bitterkeit von den verschiedenen Schöpfungsmythen, von denen eine jede von der „Schuld“ des Weibes spricht; siehe Eva usw. ...

„Unter lebhaftem Beifall nahm die städtische Versammlung schließlich den Antrag an: es möge alle in ihrem Rechte dafür werden, daß künftighin die erwachsene „Frau“ mit diesem einzig richtigen Titel bezeichnet werde. ...

„Nicht allein das A-B-G bringt den Menschen in die Welt; nicht allein im Schicksal steht die Welt ein vernünftiger Mensch; sondern auch der Weisheit Lehren muß man mit Vergnügen hören.“ ...

Julius Knopf



langer Erörterungen zwischen Sachverständigen und Beamten aufgebaut war. Herr Brömann braucht keine Berechnungen bei der Normierung von Hülssigen. Er schreibt in seinem Antrag ganz willkürliche Zahlen, die auf den Geschäftserfolg nicht die mindeste Rücksicht nehmen, und die Kommissionsarbeit flammend ihm an. Herr Brömann legt für Ecuador einen Zoll an, der höher ist als der Betrag der zu verollenden Waare. Nichts, die Kommissionsarbeit flammend ihm an, die auch der neue Zolltarifvertrag von dem Betrag der Zollfreiheit der für die Industrie notwendigen Rohmaterialien ausgeht. Der deutsche Zoll ist nicht höher, mehr als etwa ein Sechstel des Betrags der deutschen Lederindustrie an Gerbstoffen zu liefern. Herr Brömann geht über die Zoltsache mit einem Lächeln hinweg, und die Kommissionsarbeit flammend ihm wieder an. Es ist ein Glück, daß auch noch die verbündeten Regierungen und vor allem der Reichstag ein Wort in der Angelegenheit mitzubringen haben. Sonst würde Deutschland bei einer solchen Politik hinsichtlich Goldstücke wegwerfen, um Feinlinge dafür einzufleimen.

**Parlamentarisches.**

\* Zu den Aufgaben, mit denen sich das Herrenhaus bei den für den 2. bis 7. Mal in Aussicht genommenen Revisionen zu beschäftigen haben wird, dürfte auch die Erledigung des Gesetzesentwurfs betreffend die Erhöhung der Provinzialsteuern gehören. Nach dem, was über die Auffassung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses betreffs der von dem Herrenhaus vorgeschlagenen Veränderung seiner Beschlässe verhandelt, ist bestimmt anzunehmen, daß diese Majorität die Einführung der Gütersteuer in den 1. des Entwurfs nicht gutheißt, vielmehr in diesem Punkte seine Beschlässe, und zwar mit ganz überwiegender Mehrheit, aufrechterhalten wird. Man wird also in diesem Punkte mit der Zurückweisung des agrarischen Vortrags und der Wiederherstellung der Regierungsvorlage durch das Abgeordnetenhaus zu rechnen haben.

\* Die Zuckersteuer-Vorlage wird gegenwärtig im Reichstagsamt ausgearbeitet. Wie die Münchener „Allg. Ztg.“ wissen will, liegt die Möglichkeit vor, daß sie in den nächsten Wochen noch dem Reichstage zugehen wird, doch ist es darüber augenblicklich noch nichts fest.

**Verwaltung und Rechtspflege.**

\* Zur gegenwärtig wieder akuten Berliner Bürgermeisterei gehört die umfassende Verbau der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Schlesien's, sowie der Breslauer Konsumverein an den Verbandsschaft der deutschen (Schule-Religiösen) Genossenschaften, Dr. Crüger in Wiesbaden, eine Adresse gerichtet haben, worin derselbe gebeten wird, eine etwa auf ihn fallende Wahl als Bürgermeister von Berlin nicht anzunehmen, sondern auf seinem Posten an der Spitze der deutschen Genossenschaften zu verbleiben.

\* Die Reichsrenten werden am 24. und 25. April in Berlin zusammenzutreten um über Fragen des industriellen Betriebs- und Verwaltungswesens zu beraten.

\* Der in Zustimmungserklärung ausgearbeitete Gesetzentwurf wegen Errichtung von fünf neuen Sondergerichten liegt zur Zeit beim Staatsminister. Ob dieses aber jezt bald in der Lage sein wird, über ihn Beschluß zu fassen, steht noch dahin.

**Arbeiterbewegung.**  
\* Zum Ausbruch im Kleider-Handwerk kündigten die Arbeitgeber des Handwerks das Eintreten von über 1000 arbeitswilligen auswärtigen Arbeitern und Zimmerern an.

**Ober und Unter.**

\* Zu den Lectionen des Verlaufslehre ist in diesem Jahre eine starke Heranziehung der Rekruten seitens des Kriegsministeriums angeordnet. Nach einer vor etwa 4 Wochen ergangenen freigeschulterten Ordre sollten bei der Infanterie insgesamt 135,000 Mann über, jetzt ist auf Grund des Reichshausetat für 1902 vom Kriegsminister von Schöler angeordnet worden, daß 136,670 Mann bei der Infanterie über sollen.

\* Das Oberverwaltungsgericht in Frankfurt a. M. verwarf die Berufung des I. B. wegen Mißhandlung in 103 Fällen, vorwiegend widriger Behandlung in fünf Fällen und Mißbrauch der Dienstgewalt in elf Fällen zu einem Jahr Gefängnis und Degradation bezuschelt den Unteroffizier Richard Kraft vom 88. Regiment in Mainz.

\* „E. M. S. Geier“ und „E. M. S. Luchs“ sind am 9. April von Shanghai in See gegangen und am 10. April in Ningbo eingetroffen. „E. M. S. Schwalbe“ ist am 11. April in Shanghai eingetroffen. „E. M. S. Hansa“ ist mit dem zweiten Admiral des Kreuzer-Geschwaders, Contre-Admiral von Albedin an Bord, am 10. April in Amoy eingetroffen.

\* „E. M. Segelschiff „Sextia“ ist am 10. April in Kiel in Dienst gestellt worden.

**Veranstaltungen und Sonstige.**

\* Unter Vorbehalt des Landtagsabgeordneten Popelius trat in Berlin der Ausschuß des Central-Verbandes Deutscher Industrieller zu einer Sitzung zusammen, deren hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand die beim Centralverbande eingegangenen Wünsche seiner Mitglieder zum Zolltarif und Beschäftigung über die vom Centralverbande beim Reichstage zum Zolltarif zu stellenden Anträge bildeten. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurden General-Secretär Dittges, General-Secretär Dr. Marten, Kommerzienrat Gullkenne-Köhl und Landrath A. D. Hiltgeessen durch Cooption in den Ausschuß gewählt. — Man kann nicht erwarten, daß diese Anträge hinauslaufen.

**Ausland.**

**Zu den Megelein auf den Philippinen.**

In Manila ist gestern die Verhandlung gegen den Major Waller vom Marinecorps der Vereinigten Staaten, der der summarischen Erschießung von Eingeborenen auf Samar angeklagt ist, aufgenommen. Der Angeklagte, der bereits gestanden hat, die Ermordung von sieben Philippinern befohlen zu haben, sagte aus, er habe in Ausführung der künftigen Befehle des Generals Smith gehandelt. Dessen Worte lauteten, wie Major Waller erklärte: „Ich wünschte, daß Sie tödten und brennen. Je mehr Sie tödten, desto zufriedener werde ich mit Ihnen sein. Das Ganze ist ein Kampf um eine alte Welt zu werden. Die Völkerverehrung beim Tödten soll sein. Die Aufgabe Major Waller's wurde durch das Benehmen des Hauptmanns Porter unterstützt, der erklärte, er habe gehört, wie General Smith diesen Befehl erteilt habe. Lieutenant Halford bestätigte ebenfalls die Behauptung, daß General Smith dem Major Waller befohlen habe, jede über zehn Jahre alte Person zu tödten; er fügte hinzu, Major Waller habe mit der Ausführung

des Befehls gegögert und dem Hauptmann Porter befohlen, Greise, Frauen und Kinder nicht zu tödten. Die Verhandlung wurde vertagt.

**Vom Balkan.**

Die Regierung erregt jetzt gegen die macedonische Aufstandsgesellschaft die energischsten Maßregeln; sie erhielt gestern ein Verbot der Waffenexporte und des Waffenhandels für die drei Grenzgebiete (Sofia, Kütinbil und Philippopol). Ferner schickte sie Militärverpflichtungen an die Grenze und wickelt neue Schirmarmee an. Für die nächsten Tage stehen Massenverhaftungen macedonischer Agitatoren bevor.

**Letzte Nachrichten.**

Kom. 11. April. Von offiziellen römischen Blättern wird heute die Möglichkeit einer Vermittlung Frankreichs in dem Konflikt zwischen Italien und der Schweiz angedeutet.

Kom. 11. April. Heute wurde hier wieder einmal das Gerücht verbreitet, daß der Papst gestorben sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß er wohl auf und nur von den letzten Botschaften erwidert ist. Kardinal Ledochowski's Botschaft dagegen hat sich sehr verhalten. Er erhielt die letzte Meldung.

Vertrag. 11. April. Fast alle höheren und niederen Beamten der russischen Verbrechensozialen Sachalin sind der Fälschung, Unterschlagung und des Betrugs angeklagt. Der meisten Vergehen, darunter zahlreicher Stillschließungsverbrechen, sind die Geis der drei Gefängnisse schuldig. Unter ihnen ist der Kapitän Murawitz, der Chef des Dorstgefängnisses, am meisten beschuldigt. Zum Beginn des Sommers wird das Bezirksgericht von Jersak nach Sachalin ziehen und ein Strafgericht über die Schuldigen abhalten. Die Kosten der Gerichtsreise werden auf 45,000 Mark veranschlagt.

**Der Wahlrechtsstreit in der belgischen Kammer.**

Ueber die geistige tumultuöse Kammerverhandlung berichtet noch ein Brüsseler Telegramm des „Berliner Tagbl.“ folgend:

Die Sitzung der Abgeordnetenversammlung war sehr lebhaft. Es handelte sich um die Finanzbudget zur Verfassung und wurde mit 92 gegen 29 Stimmen angenommen. Einige Bemerkungen traten zu wüsten Schimpereien zwischen Liberalen und Sozialisten aus. Der Ministerpräsident schlug eine veränderte Tagesordnung vor, die von den Sozialisten lebhaft bekämpft wurde. Die Abgeordneten Goyss und Hubin wurden dem hiesigen Gemein.

Bandenverdelde beschwor die Liberalen, mit den Sozialisten gemeinsame Sache zu machen, und führte aus: „Der Regierungsvorschlag, 12 der Brabantionen zu bewilligen, bedeutet nur, daß sich die Regierung die nötigen Mittel verschaffen wolle, um auch ohne Kammer regieren zu können. Seit heute haben wir wieder ein Ministerium, die Aufhänger sitzen auf den Ministerbänken, wir sind die Beschützer der Geis der Liberalen unterliegen uns im Kampfe für die Gerechtigkeit und Verbesserung.“

Duysmans erklärte, die Liberalen würden den Sozialisten nicht auf die Straße folgen, falls die Regierung nicht ernstliche Angriffe auf die Volksfreiheit macht. Er beschwor die Sozialisten noch einmal, vor den letzten Folgen zurückzublicken und nicht den Bürgerkrieg zu entfesseln.

Unübertroffene Auswahl aller hervorragenden Neuheiten in:

# Kleiderstoffen.

## Neuheiten für solide Hauskleider.

Einfarbige und melierte Loden, karlierte, gestreifte, gemusterte Fantasie-Stoffe, Mohair- u. Lustre-Stoffe, glatt u. gemustert, Ganzwollene einfarbige Chevots, Diagonals, Créps, Poulés etc.

Breite ca. 80-105 cm, das Meter von **50 Pf.** bis 2 Mk.

## Neuheiten für praktische Strassenkleider.

Ganz- u. halbwoollene Mohairstoffe, Homespuns u. Zibellnestoffe in neuesten Farbenstellungen, Fantasie-Stoffe in schmalen u. breiten Streifen, kleinen Karos, ferner englische Neuheiten und Noppen-Stoffe, sowie gediegene einfarbige Qualitäten in neuen Farben und Webarten.

Breite ca. 100-120 cm, das Meter von **1 Mk.** bis 4.50 Mk.

## Neuheiten für Blusen und Kinderkleider.

Karlierte und gestreifte Fantasiestoffe in Ganzwolle, Halbwohle und Halbschide, Lawa-tennis und flanelartige Stoffe, Elsässer Zwirn- u. Vigoreuxstoffe, sowie Neuheiten in einfarbigen Qualitäten.

Das Meter von **50 Pf.** bis Mk. 3.50.

## Neuheiten für elegante Promenadenkleider.

Mohair- und Seiden-Crépionstoffe, glatte und gemusterte halbschidene Fantasie-Gewebe, glanzreiche Alpaca's u. feinfädige ganzwollene Kammergarn- und Bordurenstoffe, Rayés, Mozambique, Baréges, hochelegante Volles und Grenadines in effektvollen Farbenstellungen.

Breite ca. 110-120 cm, d. Mtr. v. **1 Mk. 25 Pf.** bis Mk. 5.50.

Grösstes Special-Etablissement für

# Damenputz und Weisswaren.

Entzückende Neuheiten in garnirten und ungarirten Damen- und Mädchen-Hüten, Knaben-Hüten und Mützen, Schleifen, Einsätzen, Jabots, Handschuhen, Kravatten, Gürteln, Gürtelschlössern, Seidenband, Schleierrücken, Blumen, Federn, Spitzen, Stickereien etc.

# Halle a. S. Geschäftshaus J. Lewin. Marktplate 2-3.

